

## CITIZEN

## FLÜCHTLINGSKATASTROPHE

# Entschlossenes Handeln ist gefragt

woxx/Unicef

**Angesichts der sich häufenden Tragödien im Mittelmeer fordert das Hilfswerk Unicef, dass vor allem Kindern die Risiken der Überfahrt und die schlechte Behandlung in den Ankunftsändern erspart bleiben.**

Die Interessen aller Kinder müssen Priorität haben. Die Berichte zu den tragischen Vorfällen im Mittelmeer mit Hunderten von Vermissten oder sogar Toten, darunter auch Kinder, häufen sich und sind untragbar. Die beiden tödlichen Zwischenfälle im Mittelmeer innerhalb von nur zwei Tagen, belegen dass schnell, gemeinsam und mutig gehandelt werden muss. Tausende Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer, oder auch ganze Familien, haben die gefährliche

Reise nach Europa bereits hinter sich gebracht. Auf der Suche nach Sicherheit und besseren Chancen, sowie auf der Flucht vor Konflikten und Gewalt wie z.B. in Syrien, setzen sie dabei ihr Leben aufs Spiel. Mindestens 1.600 haben ihr Leben dieses Jahr bereits verloren, bevor sie auch nur einen Fuß auf europäischen Boden setzen konnten.

Die Kinder, die auf solche Reisen mitgenommen werden, riskieren Missbrauch, Ausbeutung und sogar den Tod, und falls sie überleben sollten, enden sie oftmals in unsicheren und ungeeigneten Unterkünften oder werden kriminalisiert. Hierbei handelt es sich um eine Verletzung ihrer Rechte und um einen Verstoß gegen die Kinderrechtskonvention.



FOTO: WIKIMEDIA

Unicef fordert dass, jederzeit im besten Interesse aller betroffenen Kinder gehandelt wird. Kinder sollten in einer ihren Bedürfnissen angepassten, sicheren Umgebung versorgt werden und nicht in Auffanglagern, denn jedes Kind hat ein Recht auf Schule, Gesundheit, soziale und juristische Unterstützung, egal ob es dabei den Status eines Asylantragstellers, eines Flüchtlings oder eines Migranten hat. Da vorauszusehen ist, dass bei wärmeren Temperaturen die Zahl an

Flüchtlingsen steigen wird, ist ein entschlossenes Handeln umso wichtiger. Außerdem, zur Vermeidung zusätzlicher Todesopfer, müssen die bereits bestehenden Schutzmaßnahmen der Europäischen Union für unbegleitete Minderjährige respektiert, die Such- und Rettungsmaßnahmen verstärkt, Menschenhändler strafrechtlich verfolgt, sowie die Hauptgründe für Migration - Konflikte, Armut und Diskriminierung - in den Herkunftsländern selbst angepackt werden.

## WESTSAHARA

# Minurso-Mandat verlängern

woxx/GfbV

**Im Kontext des seit Jahrzehnten schwelenden Konflikts in der Westsahara fordert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ein Durchgreifen der UN.**

Angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara hat die GfbV eine Erweiterung des Mandats der dortigen UN-Mission Minurso gefordert. „Die Minurso muss auch damit beauftragt werden, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Als neutrale Instanz ist nur sie zeitnah dazu in der Lage“, erklärte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen. „40 Jahre nach dem „Grünen Marsch“, mit dem Marokko die völkerrechtswidrige Besetzung der Westsahara einleitete, muss nun endlich ein Zeichen für die Beendigung des längsten Entkolonialisierungs-Konflikts in Afrika gesetzt werden.“ Der Weltsicherheitsrat berät

diese Woche über eine Verlängerung des Mandats der Minurso.

Die „Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in der Westsahara (Minurso)“ wurde im April 1991 von den Vereinten Nationen eingesetzt. Sie soll den Waffenstillstand zwischen der marokkanischen Armee und der Polisario-Freiheitsbewegung der Sahrauis sowie die Durchführung eines Referendums über die Zukunft der Region überwachen. Ihr gehören 230 Personen an, davon rund 200 Militärbeobachter. Marokko hintertreibt mit allen Mitteln die Volksabstimmung. Alljährlich im April verlängert der Weltsicherheitsrat seit fast einem Vierteljahrhundert das Mandat der Minurso.

„Wenn Marokko Menschenrechtsorganisationen, Journalisten und ausländische Politiker nicht in das besetzte Gebiet lässt, dann muss die Minurso die Menschenrechtslage

beobachten“, forderte Delius. „Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte ist damit überfordert, weil sein Amtssitz Genf weit vom Geschehen entfernt ist und Marokko der Eröffnung eines Büros des Hochkommissariats in der Westsahara sicherlich nicht zustimmen würde.“ Zuletzt wurden am 29. März 2015 zwei Mitarbeiterinnen einer norwegischen Nichtregierungsorganisation bei einer Recherche in der Westsahara festgenommen. Mindestens 40 Ausländer wurden im Jahr 2014 von Marokko an der Einreise gehindert.

Allein zwischen April 2014 und März 2015 wurden von Nichtregierungsorganisationen 256 Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara registriert, meist willkürliche Festnahmen von Sahrauis, Folter, unfaire Gerichtsverfahren und die Niederschlagung öffentlicher Proteste gegen Marokkos Besatzungspolitik. So wurden am 14. April 2015 in der Stadt El Aiun 40 Demonstranten verletzt, als ihr Protest gewaltsam unterbunden wurde.

